

Der Künstler der feinen Töne

SPIEGEL-Redakteur Fritjof Meyer zum 72. Geburtstag des Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker

So einer muß nicht erst nach Canossa gehen. Er kennt genau seinen Spielraum.

Die Nazizeit hat er an einem Ort überstanden, ehrenhaft für einen Deutschen – nicht in Moskau wie Mentor Ulbricht, nicht an der Front auf deutscher Seite wie Premier Stoph, sondern (von 1937 bis zum Ende) im Zuchthaus Brandenburg.

Die dort erlernten Überlebenstechniken erlaubten Erich Honeckers Flucht von einem Arbeitskommando und freiwillige Rückkehr, ungeschoren von den Nazis, bis ihn die Russen befreiten. 1971 stürzte er Ulbricht, wurde SED-Chef und erfüllte damit einen frühen Herzenswunsch des Willy Brandt: „Es hat keinen Zweck, der Spitzbart muß weg.“

Als es der Bergmannssohn von der Saar zum Oberhaupt des Nachfolgestaates von Preußen und Sachsen gebracht hatte, ließ er in Sichtweite seines Büros ein Denkmal des großen Friedrich wieder aufstellen. Zu seinem 72. Geburtstag am vorigen Sonnabend sei angemerkt, daß es mit Erich Honecker einen Politiker von außerordentlichem Geschick in Deutschland gibt.

Er hatte den Bau des monumentalsten DDR-Denkmal geleitet, der Mauer durch Berlin; zum 25. Gründungstag seines (anders kaum lebensfähigen) Staates den Begriff „deutsche Nation“ aus der Verfassung gestrichen und die Politik der „Abgrenzung“ erfunden. Erfahrung in der taktischen Wendung, in Flucht und Rückkehr, betreibt er nun Entspannung mit „Revanchisten“, obwohl der Erzeuger seines Staatswesens ihn deshalb öffentlich rügt.

So einer ist mit den Machtverhältnissen in Moskau vertrauter als jeder andere seiner Landsleute, er kennt genau die Künste des Möglichen, die leisen Untertöne und protokollarischen Anspielungen. Er argumentierte gegen sowjetische Beschwerden, indem er ungarisches Lob der DDR-Diplomatie abdrucken ließ (sie erweise „Europa und der Welt einen guten Dienst“) und auch freundliche Stimmen aus der Sowjet-Union. Und er reiste letzte Woche unangefochten allein zum Ostblock-Einzelgänger Ceausescu nach Bukarest zur 40-Jahr-Feier der Selbstbefreiung von den Deutschen.

Dieser „Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzende des Staatsrats der Deutschen Demokratischen Republik“, wie ihn sein Fernsehen bei jeder Erwähnung seines Namens tituliert, muß gewußt haben, warum sein Zentralorgan „Neues Deutschland“ den Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet der UdSSR vorigen Montag



DDR-Chef Honecker: „Die Gedanken sind frei“

unter Verzicht auf die wichtigere Funktion schlicht den „sowjetischen Präsidenten Tschernenko“ nannte.

Der ist demnach als Parteichef nicht mehr ernst zu nehmen. Kollege Honecker hatte ja auch seinen guten Grund, als er vor fünf Jahren sein Parteiorgan einem sowjetischen Genossen zum 65. Geburtstag gratulieren ließ, den die Sowjetpresse ignoriert hatte. Drei Jahre später war der Geehrte namens Andropow Parteichef.

Was diesen Honecker, der nach den Gesetzen seines Staates längst als Rentner in seinem westdeutschen Geburtsort Neunkirchen Wohnsitz hätte nehmen können, noch umtreibt, ist das Bedürfnis, „zur Lösung der brennendsten Fragen beizutragen, vor denen die Menschheit steht. Am vorrangigsten ist die Sicherung des Weltfriedens“. Dahinter müsse alles andere zurücktreten, sagt Honecker, „es ist besser, zehnmal zu verhandeln, als einmal zu schießen“.

Vorigen Monat gab es auf seinem Staatsgebiet Manöver, an denen seine eigene Armee gar nicht teilnahm, weshalb sie im Westen als sowjetische Demonstration gegen die DDR oder gar als Probe auf einen Blitzkrieg gegen die Bundesrepublik gewertet wurden. Der Künstler der feinen Töne empfing dazu den Manöverherrn, den Sowjetmarschall Ustinow, ließ den 75jährigen aber während des Reden-Austauschs stehen; er hingegen saß bequem.

Dieser Honecker will die Kurzstreckenraketen des Marschalls Ustinow eben nicht auf DDR-Boden sehen. „Wir wollen dieses Teufelszeug hier nicht haben“,

ließ er beiläufig hören. In seinem „Neuen Deutschland“ stand am 1. August, das Bemühen der DDR, „daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht“, sei ein Beweis ihrer Selbständigkeit in inneren und äußeren Fragen.

Trotzdem: Treue um Treue. Der DDR-Chef versprach, sein Staat sei „für alle Zeiten“ mit der UdSSR und den anderen Bruderstaaten verbunden. Aber er verwies auf den „verbindlichen Charakter“ jener gemeinsamen Blockbeschlüsse, welche die Lage anders eingeschätzt hatten als die „Prawda“. Sie seien „nicht unumkehrbar“, eine „Rückkehr zur Entspannung“ möglich und ein „konstruktiver Dialog“ überfällig.

Unwahr ist, daß Erich Honecker humorlos sei. In seinen Gemeinsamkeitsbekundungen berief er sich noch auf eine Losung der DKP-Genossen in der Bundesrepublik: „Weg mit den Raketen, her mit den Moneten.“

Auch tat er den Sowjets den Gefallen, in die Kampagne wider westdeutschen Revanchismus einzustimmen, und Bonns Sprecher Sudhoff war angemessen betroffen über die „unsachliche Polemik“. Aber ein wirkliches Recht zu solcher Betroffenheit haben nur einige Moskower.

Unser Schalk von der Saar nannte den Revanchismus eine „verrostete Trompete“, die schon zur „entscheidenden historischen Niederlage“ vor 35 Jahren geblasen habe – Folge: die Gründung der DDR. Die unausgesprochene Schlußfolgerung: Nicht die DDR, sondern Moskau sagt, die deutsche Zweistaatlichkeit

habe ihren Zweck verfehlt, den Revanchismus zu verhindern.

Wieder ernsthaft, erinnert Honecker an „Briefe des Außenministers der BRD zur ‚Deutschen Einheit‘ beim Abschluß der Verträge von Moskau, Warschau und Berlin“, was heißt: In Kenntnis dieser Briefe (was jüngst der polnische Kommentator Wojna noch bestritt) seien die Verträge abgeschlossen worden.

Honecker schaut nach Moskau und fühlt sich stark. Er riskiert sogar eine Anspielung auf den Text jener Briefe, in denen der bundesdeutsche Wunsch bekundet wurde, „auf einen Zustand des Friedens“ in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in „freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“.

Honecker: Eine „Verantwortungsgemeinschaft“ der beiden deutschen Staaten bedeute „für uns, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem sich die Zusammenarbeit zwischen den Staaten zum Wohle der Völker entwickeln kann“. So kann man es auch nennen. Mehr will eigentlich auch Kanzler Kohl nicht.

Ausführlich schildert Honecker auf zwei Zeitungsseiten, die ein Interview im „Neuen Deutschland“ füllt, sein Gespräch mit Kohl im Februar in Moskau nach dem Andropow-Begräbnis. Honeckers Resümee: Die Bundesregierung „sieht sich vor die Notwendigkeit gestellt, die abgeschlossenen Verträge im wesentlichen einzuhalten“.

Und nun folgen jene Grundsätze, deren Proklamation er sich mit der ewigen Moskau-Bindung der DDR (solange die DDR besteht) erkaufen zu haben glaubt – obwohl die „Prawda“ diesen Lösungen widersprochen hatte und sie jetzt auch aus dem Nachdruck des Honecker-Interviews herausließ:

- ▷ „Die DDR ist bestrebt, daß der durch die Raketen-Stationierung entstandene Schaden nicht ausgeweitet, sondern möglichst begrenzt wird“;
- ▷ die Verbündeten der USA hätten ein „Interesse an der Aufrechterhaltung der für sie vorteilhaften Entspannungsergebnisse, an berechenbaren Beziehungen zu den sozialistischen Staaten“;
- ▷ er wolle „auch künftig den Dialog mit den politisch Verantwortlichen in der Bundesrepublik fortsetzen“.

Gern druckte die „Prawda“ hingegen die Honecker-Maxime: „Der Sozialismus in der DDR ist unwiderruflich. Eine Vereinigung von Sozialismus und Kapitalismus ist ebenso unmöglich wie die Vereinigung von Feuer und Wasser.“

Damit wiederholte er ein eigenes Wort von früher, das „Prawda“-Autor Besymenski angemahnt hatte. Doch diese Sentenz hat es in sich – sie schließt zum Beispiel nicht aus, Wasser mit Wasser zu vereinigen, etwa den DDR-Sozialismus auf die Bundesrepublik zu übertragen. Honecker hat das einmal erwogen.

Auf dem SED-Parteitag 1971 beschränkte Honecker seine Abgrenzungspolitik auf den Zeitraum, „solange die Bundesrepublik ein imperialistischer Staat ist“. Wenn die Bundesrepublik aber sozialistisch wäre, versicherte Honecker 1972 seinem Heimatblatt, der „Saarbrücker Zeitung“, zur Frage nach der Einheit der Nation, „gäbe es bestimmt auch in dieser Frage eine Gesprächsmöglichkeit ... Die Gedanken sind frei“.

Das Thema ist so heiß, daß die „Prawda“ es dem Honecker vom August 1984 nicht herausstrich, sondern umfälschte. Seinen Interviewern hatte er am vorletzten Wochenende gesagt: „Großdeutsche Reden und Sprüche befinden sich im Widerspruch zur Realität.“ Die „Prawda“ machte daraus „großdeutsche Bestrebungen“.



Nationalkommunisten Honecker, Ceaușescu*: „Für alle Zeiten verbunden“

Aber der Saarländer muß sich bei seinem Originalton etwas gedacht haben. Vor drei Jahren meditierte er darüber in der Friedrich-Stadt Berlin: „Und wenn heute bestimmte Leute im Westen großdeutsche Sprüche klopfen und so tun, als ob ihnen die Vereinigung der beiden deutschen Staaten mehr am Herzen liegen würde als ihre Brieftasche, dann möchten wir ihnen sagen: Seid vorsichtig. Der Sozialismus klopft eines Tages auch an eure Tür, und wenn der Tag kommt, an dem die Werktätigen der Bundesrepublik an die soziale Umgestaltung der BRD gehen, dann steht die Frage der Vereinigung beider deutscher Staaten vollkommen neu. Wie wir uns dann entscheiden, daran dürfte wohl kein Zweifel bestehen.“ Anhaltend starker Beifall der SED-Zuhörer.

Ob Moskau ein sozialistisches Großdeutschland gefallen kann, bleibt aus

Gründen der ideologischen Konkurrenz zweifelhaft, siehe China. Der Pragmatiker Stalin soll im Zweiten Weltkrieg die Maxime entwickelt haben, niemals dürften die hochindustrialisierten USA, Großbritannien oder Gesamtdeutschland kommunistisch werden.

Der Honecker-Kritiker Besymenski aber hat eine Vereinigung von Feuer mit Feuer auf seine Weise thematisiert, als er die DDR vor einer „Einverleibung“ durch die Bundesrepublik warnte.

„Nicht nur in revanchistischen Kreisen“, enthüllte die „Prawda“ im vorigen Mai, glimme die Hoffnung, „daß irgendwann in ferner Zukunft irgendwelche Formen des Zusammenlebens der zwei deutschen Staaten entstehen“ könnten.

Noch im April gab ausgerechnet Besymenski das gefährliche Stichwort „Ra-

pallo“, er lobte den deutsch-russischen Vertrag von 1922: Lenin habe den Sowjetdiplomaten empfohlen, „auch in Zukunft nur solche Verträge zu schließen. An diesen Grundsatz halten sie sich noch heute und werden es immer tun“.

Doch auch Feuer und Wasser, so ist jedem sowjetischen Mittelschüler bekannt, lassen sich vereinigen – mit dem Resultat einer potenzierten Leistung. Noch vor James Watt wurde (laut „Großer Sowjetenzyklopädie“) vom Russen Iwan Iwanowitsch Polsunow jene wichtigste Erfindung des Industriezeitalters vollbracht, welche die Wärmeenergie des Wasserdampfes in mechanische Arbeit umsetzt: die Dampfmaschine.

Der Dampf dehnt sich aus, natürlich nur unter Druck. ◆

* Vorigen Dienstag in Bukarest bei Verleihung des höchsten rumänischen Ordens.